

Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen (AVB)

zwischen **den**

Landkreisen Reutlingen, Sigmaringen, Tübingen und Zollernalbkreis

als Aufgabenträger des straßengebundenen ÖPNV
(nachstehend „Landkreis“ genannt)

und dem

**Verkehrsunternehmen
Muster-Bus**

(nachstehend „Verkehrsunternehmen“ genannt)

<i>Gelbe Markierung = Individualisierungserfordernis</i>

§ 1

Ausgleich verbundbedingter Belastungen

- (1) Das Verkehrsunternehmen erhält für die in den Verbundtarif einbezogenen Linien bzw. Linienabschnitte ab Verbundbeginn Einnahmen aufgrund des Einnahmeverteilungsvertrages zugewiesen. Daneben erhält es Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG und Erstattungen nach §§ 148ff. SGB IX. Bleiben diese Einnahmen, Ausgleichsleistungen und Erstattungen in den ersten 12 Monaten nach Einführung des Verbundtarifes hinter den Alteinnahmen des Verkehrsunternehmens im Basisjahr zurück, ist der Landkreis verpflichtet, dem Verkehrsunternehmen diesen Differenzbetrag in den ersten 12 Monaten nach Einführung des Verbundtarifes und in den Folgejahren zu leisten.

Soweit Verkehrsleistungen auf einen anderen Betreiber übergehen (Unternehmen des straßengebundenen Verkehrs oder EVU) oder neu hinzukommen, und die auf sie entfallenden fortgeschriebenen Ausgleichsleistungen nicht schon in den Verdingungsunterlagen oder Unterlagen eines wettbewerblichen Vergabeverfahrens veröffentlicht wurden, sind diese von naldo durch fachlich geeignete Dritte zu ermitteln, wenn sie nicht zweifelsfrei ermittelt werden können und sich naldo und die betroffenen Unternehmen nicht auf diese Beträge verständigen. Die Vertragspartner stimmen solchen Änderungen der Ausgleichsleistungen und der Gewährung des Differenzbetrages an andere Unternehmen, welche den naldo-Gemeinschaftstarif anwenden und mit dem naldo einen Zusammenarbeitsvertrag abgeschlossen haben, zu.

- (2) Wenn der Gesetzgeber in den ersten 12 Monaten nach Einführung des Verbundtarifes die Regelungen in § 45a PBefG und in der PBefAusglV oder in §§ 148ff. SGB IX zu Lasten der Verkehrsunternehmen ändert, werden diese Änderungen bei der Ermittlung des Differenzbetrages nach Abs. 1 nicht berücksichtigt. Dies gilt nicht, wenn und soweit der Verbundzuschlag durch den Verordnungsgeber reduziert wird.
- (3) Zu den Alleinnahmen im Sinne von Abs. 1 gehören die nach dem bisher genehmigten Haustarif des Verkehrsunternehmens für das Basisjahr erzielten Einnahmen aus Fahrausweisverkäufen zuzüglich eines Zuschlags von 2,5% sowie die gesetzlichen Ausgleichsleistungen und Erstattungsansprüche nach § 45a PBefG und nach §§ 148ff. SGB IX, jeweils für die in § 2 Abs. 1 des Zusammenarbeitsvertrages genannten Linien bzw. Linienabschnitte, die für das Basisjahr gewährt worden sind, jeweils ohne Umsatzsteuer. Abs. 2 ist hierbei zu beachten.
- (4) Basisjahr sind die letzten 12 Monate vor Einführung des Verbundtarifes.
- (5) Der Differenzbetrag nach Abs. 1 vermindert sich
- um die realisierten Netto-Mehreinnahmen, die sich aus einer nach § 10 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages vom Aufsichtsrat mit den Stimmen der Landkreise beschlossenen früheren oder höheren Tarifierungsergebnisse ergeben (bei einer früheren Tarifierung nur für die Monate, um welche die Tarifierung früher eingeführt worden ist);
 - um 90% der Differenz zwischen den wegfallenden Kosten und den wegfallenden Netto-Einnahmen, wenn ein Parallelverkehr im Sinne von § 2 Abs. 3, 2. Unterabsatz des Zusammenarbeitsvertrages abgebaut worden ist und die wegfallenden Kosten höher sind als die wegfallenden Netto-Einnahmen;
 - um 50% der realisierten Netto-Mehreinnahmen, die sich für das Verkehrsunternehmen ergeben, wenn sich die Aufteilungsmasse nach § 1 des Einnahmevertrages 12 Monate nach einer Tarifierungserhöhung ohne weitere Tarifierungserhöhung erhöht hat oder die Erhöhung den durchschnittlichen Tarifierungssatz überschreitet, im letzteren Fall bezogen auf den Unterschied, mit Ausnahme der Netto-Mehreinnahmen bzw. Einnahmeweisungen, welche den Verkehrsunternehmen nach § 3 Abs. 5 und 9 des Einnahmevertrages zustehen;
 - um die ersparten Aufwendungen, welche sich aus der Unterschreitung der in der Anlage zu diesem Vertrag festgelegten Mindeststandards für die Qualität der Betriebsleistungserbringung ergeben; von dem Verkehrsunternehmen ist jährlich der Nachweis zu erbringen, dass die Mindeststandards eingehalten wurden; Rz. 21 des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen, die als Ausgleich für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen erbracht werden (2005/C 297/04), ist entsprechend anzuwenden.
- (6) Da die Höhe des Ausgleichsanspruchs des Verkehrsunternehmens erst nach Ablauf der ersten 12 Monate nach Einführung des Verbundtarifes ermittelt werden kann, ist von der Verbundgesellschaft anhand einer Planungsrechnung, die auch der Ermittlung der Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste für den Landkreis dient, ein vorläufiger Ausgleichsanspruch des Verkehrsunternehmens für die ersten 12 Monate nach Einführung des Verbundtarifes zu ermitteln. Dieser

Betrag ist bis zur Feststellung des Anspruchs für die ersten 12 Monate nach Einführung des Verbundtarifes der Berechnung der Abschlagszahlungen zugrunde zu legen, die nach § 2 an das Verkehrsunternehmen zu leisten sind.

- (7) Der Anspruch auf Ausgleichsleistungen nach Abs. 1 besteht nur für die in § 2 Abs. 1 des Zusammenarbeitsvertrages genannten Linien.
- (8) Der Rechtsanspruch des Verkehrsunternehmens auf den Ausgleich verbundbedingter Belastungen nach Maßgabe der vorstehenden Absätze ist wesentlicher Bestandteil des Vertrages.

§ 2

Zahlung und Abrechnungen der Ausgleichsansprüche

- (1) Das Verkehrsunternehmen erhält ab Verbundbeginn jeweils bis zum 16. eines jeden Monats 1/12 des vorläufigen Ausgleichsbetrages gemäß § 1 Abs. 6 als Abschlagszahlung. Nach Feststellung des Ausgleichsbetrages für die ersten 12 Monate nach Einführung des Verbundtarifes erhält das Verkehrsunternehmen für diesen Zeitraum und für die Folgejahre jeweils bis zum 16. eines jeden Monats 1/12 des in § 1 Abs. 1 und 5 festgelegten Differenzbetrages. Die Jahresabrechnung für die ersten 12 Monate nach Einführung des Verbundtarifes und etwaige Restzahlungen für diesen Zeitraum erfolgen einen Monat, nachdem das Verkehrsunternehmen die Nachweise über die Alteinnahmen im Basisjahr vorgelegt hat.
- (2) Dem Landkreis stehen die Rechte nach § 5 des Einnahmevertrages neben der Verbundgesellschaft zu und zwar bezogen auf die Alteinnahmen und die Einnahmen, welche der Ermittlung des Differenzbetrages nach § 1 Abs. 1 und 5 zugrunde liegen. Wenn die Verbundgesellschaft diese Prüfungen durchführt, ist der Landkreis berechtigt die Ergebnisse dort anzufordern.

§ 3

Anpassung des Vertrages

Sofern sich die diesem Vertrag zugrundeliegenden rechtlichen Verhältnisse wesentlich ändern, wird der Vertrag entsprechend angepasst. Das Gleiche gilt, wenn sich aus der Anwendung des Vertrages unbillige Härten ergeben.

§ 4

Vertragsdauer, Kündigung, Schriftform

- (1) Der Vertrag tritt ab 03.12.2009 in Kraft und ersetzt den mit Einführung des Verbundtarifes in Kraft getretenen AVB-Vertrag vom xx.yy.200z und gilt auf unbestimmte Zeit. // Dieser Vertrag tritt ab xx.yy.20zz in Kraft und gilt auf unbestimmte Zeit.

- (2) Der Vertrag kann unter Einhaltung einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden, frühestens jedoch zum 31.12.2004. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Verkehrsunternehmen, die Gesellschafter einer GmbH sind, die Verbundgesellschafter ist, können diesen Vertrag nur ordentlich kündigen, wenn auch die übrigen Gesellschafter der GmbH die mit ihnen abgeschlossenen Verträge über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen zum gleichen Zeitpunkt kündigen. Der Landkreis kann diesen Vertrag gegenüber einem Gesellschafter einer solchen GmbH nur ordentlich kündigen, wenn er auch die entsprechenden Verträge mit den übrigen Gesellschaftern der GmbH kündigt. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt.
- (3) Die Vertragspartner verpflichten sich nach einer Kündigung des Vertrages, wenn der Verbund weitergeführt werden soll, unverzüglich Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, erneut einen Vertrag über den Ausgleich der verbundbedingten Belastungen des Verkehrsunternehmens aufzunehmen und dabei zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen der diesem Vertrag zugrunde liegenden Verhältnisse zu berücksichtigen.
- (4) Dieser Vertrag endet, wenn
- das Verkehrsunternehmen oder der Landkreis aus der Verbundgesellschaft oder aus der jeweiligen GmbH, welche Verbundgesellschafter ist, ausscheidet,
 - das Verkehrsunternehmen nicht mehr Partner des Einnahmearbeitungsvertrages ist oder
 - der Zusammenarbeitsvertrag zwischen dem Verkehrsunternehmen und dem naldo beendet wird.
- (5) Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

Landkreis Reutlingen

Landkreis Sigmaringen

Landkreis Tübingen

Landkreis Zollernalbkreis

Muster-Bus

Hechingen, 3. Dezember 2009

Anlage: Mindeststandards für die Qualität der Betriebsleistungserbringung

Das Verkehrsunternehmen verpflichtet sich grundsätzlich bei der Betriebsleistungserbringung zumindest die bezogen auf das Mittel der Jahre 2000 bis 2003 vorhandene Qualität aufrechtzuerhalten und insbesondere die bestehende Praxis bei der Fahrzeugbeschaffung fortzuführen. In begründeten Fällen können die Landkreise und die Verkehrsunternehmen einen abweichenden Bezugszeitraum festlegen.

Das Verkehrsunternehmen unterrichtet den Landkreis auf dessen Aufforderung über die Höhe und die Änderung der Abschreibungsbeträge auf die im Verbundgebiet eingesetzten Produktionsmittel oder das Durchschnittsalter und dessen Veränderung der im Verbundgebiet eingesetzten Fahrzeuge, jeweils bezogen auf das Mittel der letzten vier abgelaufenen Geschäftsjahre. Veränderungen bei der Fahrzeugförderung, die sich auf die Abschreibungen oder das Durchschnittsalter auswirken, sind bei einem Vergleich zu berücksichtigen.

Für den Fall, dass ein Landkreis die Einhaltung der Regelungen der Nummern 1 bis 6 des Anhangs zur VO (EG) Nr. 1370/2007 nachzuweisen hat, ist der Nachweis vom Verkehrsunternehmen durch einen Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder ein Rechnungsprüfungsamt zu bestätigen.